

weiter den Beschluß, das Provisorium mit der Wahl der (ersten) Volkskammer am 15. Oktober 1950 zu beenden.

Die 21. und letzte Sitzung der Provisorischen Volkskammer fand am 27. September 1949, die erste Sitzung der im Oktober 1950 gewählten Ersten Volkskammer am 8. November 1950 statt. Am Volkswahltag des 15. Oktober 1950 hatten von 12 325 168 Wahlberechtigten 98,53% von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Von den gültigen Stimmen wurden 99,72% für die Einheitsliste aller demokratischen Parteien und Organisationen abgegeben.

Die Wahlperiode der Ersten Volkskammer endete nach 50 Sitzungen am 15. September 1954. Die Volkswahlen vom 17. Oktober 1954 hatten folgendes Ergebnis:

Stimmberechtigte:	12 085 380
abgegebene Stimmen:	98,41%
auf die Einheitsliste entfielen 99,46% der gültigen Stimmen.	

Danach nahm die Zweite Volkskammer, deren Wahlperiode im Herbst 1958 endet, am 16. November 1954 ihre Arbeit auf.

*

Dieser kurze Abriss der Geschichte unserer obersten Volksvertretung erweist auch die völlige Haltlosigkeit ständig wiederholter Behauptungen der notorischen Gegner unseres demokratischen Friedensstaates über eine angeblich „mangelnde demokratische Legitimation“ unseres Parlaments. Diese unwahrhaftigen Behauptungen sind aus gar nichts anderem als aus der Angst geboren, daß unser Beispiel auch in Deutschlands Westen Schule machen und man auch dort mit den überständigen „Wahl“-Methoden einer versinkenden Zeit aufräumen könnte, — mit „Wahlen“, deren Ergebnis entscheidend von den Geldmitteln bestimmt wird, die den einzelnen Parteien gegen ihr Versprechen, im Parlament die „Interessen“ der mächtigen Geldgeber zu vertreten, von den Konzernen usw. „gespendet“ werden. Den so „gewählten“, vorher von den Geldgebern der Parteien „ausgewählten“ *Berufs Parlamentariern im Westen* stehen unsere vom Volk selbst erkorenen, ihm zutiefst verbundenen und nur seine, des Volkes Interessen wahrnehmenden *Volksvertreter* gegenüber; Männer und Frauen, die Fleisch vom Fleisch und Blut vom Blut des Volkes sind, nicht Großgrundbesitzer, Bankiers, Großunternehmer, Advokaten usw., wie sie das Gros der Bonner Abgeordneten bilden, sondern Arbeiter und Bauern, Wissenschaftler, Handwerker, Lehrer, Ärzte, Angestellte usw., die tags-